

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Dr. Nachbaur, Ing. Dietrich**

Kolleginnen und Kollegen

betreffend **„Neue Strukturen für Österreich: Fair-Tax-Steuerreform für mehr Wirtschaftswachstum“**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 1 bis 3 - Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (52 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017 geändert und das Bundesfinanzrahmengesetz 2015 bis 2018 erlassen wird (137 d.B.), Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (50 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2014 (Bundesfinanzgesetz 2014 - BFG 2014) samt Anlagen (138 d.B.), sowie Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (51 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2015 (Bundesfinanzgesetz 2015 - BFG 2015) samt Anlagen (139 d.B.) - TOP 2 BFG 2014, UG 10 - Bundeskanzleramt

Vereinfacht gesprochen gilt für uns das folgende Prinzip: Steuern senken, um den Konsum anzukurbeln und Wirtschaftswachstum zu erreichen. Das stärkt die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

Derzeit ist die Steuer- und Abgabenquote hoch und viele Österreicherinnen und Österreicher können sich schon jetzt das Leben nicht mehr leisten. Die Steuer- und Abgabenquote in Österreich liegt über der durchschnittlichen Abgabenbelastung der Europäischen Union (EU-27) und ist international gesehen eine der höchsten. Endlich mehrten sich auch die Stimmen vieler Regierungsvertreter, die die Grenze der Belastungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als erreicht ansehen. Gleichwohl finden sich in den Budgetunterlagen keine konkreten Steuerreformansätze. Lediglich das Bekenntnis zur Einrichtung einer Steuerreformkommission findet sich. In Hinblick auf die Wahlversprechen und die Geschehnisse nach der Wahl wie beispielsweise die „Budgetlochdebatte“ und die „Hypowahrheit“ in Kombination mit der Zeitdauer, die nach der Wahl vergangen ist, erscheint die Einrichtung dieses neuen Arbeitskreises wenig erfolgsversprechend - zudem der Finanzierungsvorbehalt im Regierungsprogramm als vorbeugendes Argument gegen Reformen festgeschrieben ist.

Gleichzeitig sind die österreichischen Steuergesetze unübersichtlich, ungerecht, kompliziert und schaffen aufgrund unzähliger Ausnahmebestimmungen Rechtsunsicherheit. Steuergesetze sind in Österreich in vielen Bereichen Auslegungssache, wodurch viel Geld und Zeit verschwendet wird, das den Bürgern und der Wirtschaft letztlich fehlt.

Daher ist eine umfassende Steuerreform überfällig. Ziel ist die Einführung eines fairen, gerechten und transparenten Steuersystems, welches die Steuerzahler entlastet, den Verwaltungsaufwand reduziert, die Steuerberechnung vereinfacht und vor allem die Ungleichbehandlung in der Besteuerung beseitigt. Die Berechnung muss so einfach sein, dass jeder Bürger und Unternehmer ohne Spezialwissen eine solche vornehmen kann.

Auch sind Unternehmen steuerlich besserzustellen, die im Inland investieren. Dadurch wird deren Eigenkapital geschützt und deren Entwicklungskraft gestützt, wodurch weitere Arbeitsplätze im Inland geschaffen werden können. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich die österreichische Wirtschaft durch das Vorherrschen kleinerer und mittlerer Unternehmen auszeichnet. Die KMUs beschäftigen mehr als zwei Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen und erwirtschafteten einen Großteil der Umsatzerlöse der Bruttowertschöpfung. Diese Unternehmen erarbeiten den größten Teil der heimischen Wirtschaftsleistung und stellen damit das Fundament der Arbeitsplatzbeschaffung in Österreich dar. Diese Unternehmen verdienen besondere Berücksichtigung und Unterstützung sowie ein optimales Wirtschaftsklima, damit unser Land in eine positive Zukunft blicken kann.

Weiters sind von staatlicher Seite Optionen zu schaffen, die beim Einsatz bzw. Ausbau von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen merkbare steuerliche Erleichterungen bringen. Mitarbeiter sollen durch Beteiligungsmodelle zu Mitunternehmern werden. Derzeit wird in Österreich zwar sehr viel von Mitarbeiterbeteiligung gesprochen, de facto ist diese aber im internationalen

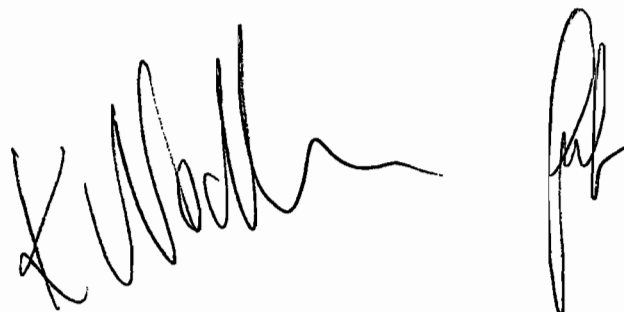
Vergleich in unserem Land nur sehr gering ausgeprägt. Unser Standpunkt ist: Jedes Unternehmen ist nur so gut wie seine Mitarbeiter/innen. Zufriedene, motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter/innen sind das wertvollste Kapital und die entscheidende Grundlage unternehmerischen Erfolgs. Daher müssen wir nachhaltige Unternehmenskulturen und geeignete Modelle fördern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend ein Konzept für eine umfassende und auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Steuerreform vorzulegen, welches an den Prinzipien Fairness und Gerechtigkeit ausgerichtet ist (**Fair-Tax-System**) bzw. keine neuen Vermögenssteuern vorsieht.“



J. Lintl

